

Feindliche Übernahme oder Fortführung eines bewährten Kurses? Eine Analyse von *Donald Trumps* Sieg unter Berücksichtigung der Transformation der Republikanischen Partei

Philipp Adorf

Als *Donald Trump* am 16. Juni 2015 im Untergeschoss seines Trump Towers im Herzen Manhattans seine Kandidatur bekannt gab, reagierten Medienwelt und Republikanische Partei mit einer Mischung aus Entsetzen und Erheiterung. Die Erwartung beider war, dass *Trump*s Kandidatur gerade dank seiner fragwürdigen und oft radikalen Ansichten bezüglich der Themenfelder Minderheitenpolitik sowie Immigration nicht sonderlich mehr als ein Phänomen des Sommers 2015 bleiben würde. In einem Feld voller Politgrößen, bestehend aus Senatoren, Gouverneuren und politischer Aristokratie, konnte ein völlig unerfahrener Mann, dessen politische Ideologie sich während der *Obama*-Ära immer weiter nach rechts außen bewegt hatte, sicherlich nicht langfristig bestehen.

Die Republikanische Präsidentschaftskür verlief bekanntlich anders. *Donald Trump* übernahm nur einen Monat nach dem offiziellen Beginn seiner Kandidatur in den Republikanischen Umfragen die Führung und gab diese nicht mehr ab.¹ Er war in der Lage, sich zu einer Art „Teflon-Kandidat“ zu entwickeln, dessen Kommentare – egal welches Ausmaß an Empörung sie auch hervorriefen – seiner Popularität keinen sichtbaren Schaden zufügten. Doch wie konnte ein Immobilienmogul ohne politische Erfahrung mit einer Affinität zu Skandalen gegen das gesamte Establishment der Republikanischen Partei bestehen? Warum vertraute ihm trotzdem eine Mehrheit der Republikanischen Wähler in den Vorwahlen?

Die Antwort liegt in der wahlpolitischen Strategie, die seitens dieses Establishments in den letzten Jahrzehnten verfolgt wurde. *Trump*s Kandidatur war die Folge eines jahrzehntelang währenden Rechtsrucks der Republikanischen Partei, die sich seit den 1960er Jahren immer stärker mit populistischen und nativistischen² Botschaften an die weiße Wählerschaft des Landes wendet. Diese Strategie hat nach nunmehr über einem halben Jahrhundert dazu geführt, dass ein Kandidat wie *Donald Trump* trotz verschiedenster Defizite in der Lage war, die Kandidatur der Republikanischen Partei gegen den expliziten Willen ihrer Führungsriege zu erobern. Wähler, die von anti-elitären Appellen Republikanischer Politiker und Strategen für die Partei gewonnen wurden, sahen in *Trump* eine Figur, die der Politelite beider Parteien Paroli bieten würde. Ein seitens der Republikaner in den letzten 50 Jahren sorgfältig aufgebautes Narrativ, in dem die politische Elite nicht mehr auf Seiten des einfachen weißen Mannes, sondern auf jener der Minderheiten (beispielsweise ethnischer oder sexueller Art) steht, wurde im Wahlzyklus 2016 auch der Republikanischen Elite zum Verhängnis. Ängste und Sorgen, die seit Jahrzehnten von Republikanern geschürt wurden, sprach *Trump* in ei-

1 Im Umfrageaggregator der Seite RealClearPolitics führte *Ben Carson* das Republikanische Feld für drei Tage Anfang November 2015 an. Vgl. RealClearPolitics, 2016 Republican Presidential Nomination, http://www.realclearpolitics.com/epolls/2016/president/us/2016_republican_presidential_nomination-3823.html (Abruf am 23. März 2017).

2 Dieser sozialwissenschaftliche Ausdruck beschreibt das Eintreten für die Belange einer (autochthonen) ethnischen Mehrheit, dessen Rechte und Status als von fremden Volksgruppen und Ideologien bedroht betrachtet werden.

ner noch direkteren Art und Weise an. Zwar betrat er die Politikbühne als der Außenseiter schlechthin, doch konnte er gleichzeitig auf die Pionierarbeit eines halben Jahrhunderts anderer Republikaner zurückgreifen. Die Kandidatur und der Sieg *Donald Trumps* waren also keine feindliche Übernahme der „Grand Old Party“, sondern vielmehr der – zumindest vorläufige – „krönende“ Abschluss ihres Transformationsprozesses.

In dieser Zeitschrift erläuterte *Bernhard Kornelius* in seinem Artikel zur Präsidentschaftswahl 2016 bereits verschiedene demographische Aspekte des Wahlergebnisses, während *Torben Lütjen* unter anderem auf die populistischen Merkmale *Trump*s im Vorwahlkampf einging.³ Aufgabe des vorliegenden Beitrags soll es sein, einerseits das Ergebnis der letzten Wahl in ein historisches Gefüge einzubetten, um aufzuzeigen, inwiefern das Phänomen *Trump* Teil einer langfristigen Entwicklung innerhalb der Republikanischen Partei ist. Andererseits soll ein detaillierterer Blick auf eine elektoral entscheidende Gruppe geboten werden: die weiße Arbeiterklasse. Die folgende Analyse wird aufzeigen, dass sie ein unverzichtbarer Teil des Sieges von *Donald Trump* war – gleichzeitig aber auch ein Segment der Wählerschaft darstellt, das Politiker und Strategen der Republikaner vor nunmehr einem halben Jahrhundert zur Basis konservativer Erfolge auserkoren haben.

1. Fünf Jahrzehnte Republikanischer Vorarbeit

Das Phänomen *Trump* kann nur im Kontext des Wandels sowohl der Republikanischen Partei als auch generell des amerikanischen Parteiensystems in den letzten 50 Jahren verstanden werden. Die Grundlage der Entwicklung, die letzten Endes zu *Trump*s erfolgreicher Kandidatur führte, kann im strategischen Umdenken innerhalb der Republikanischen Partei in den 1960er Jahren erkannt werden. 1968 fragte der Republikanische Strategie *Kevin Phillips*: „Wer braucht Manhattan, wenn wir die elf Bundesstaaten des Südens gewinnen können?“⁴ Andere Politiker und Strategen der Partei stellten sich zu diesem Zeitpunkt eine ähnliche Frage und kamen zum selben Fazit. Die Südstaaten galten lange als „Solid South“ – eine Bastion der Demokratischen Partei, die sich nach dem amerikanischen Bürgerkrieg für die Belange der weißen Mehrheit in der Region einsetzte. Diese Basis begann mit dem progressiveren Demokratischen Kurs bezüglich der Bürgerrechtsfrage in den frühen 1960er Jahren langsam zu bröckeln. Diese Wählerschaft – misstrauisch gegenüber dem föderalen Regierungsapparat in Washington, D.C., sowie erzkonservativ bei rassebezogenen Themen – wurde nun seitens der Republikaner als Fundament einer neuen konservativen Mehrheit für die nächsten Jahrzehnte ausgemacht.⁵

3 Vgl. *Bernhard Kornelius*, Die US-Präsidentschaftswahl vom 8. November 2016: *Trump*s Triumph, in: ZParl, 48. Jg. (2017), H. 2, S. 287 – 310 und *Torben Lütjen*, Zeiten des Aufruhrs: Die Vorwahlen zur US-Präsidentschaftswahl 2016 und der Vormarsch der Partei-Außenseiter, in: ZParl, 48. Jg. (2017), H. 2, S. 271 – 286.

4 Alle englischsprachigen Zitate im Text wurden vom Autor ins Deutsche übersetzt. Zitiert in: *Sam Tanenhaus*, Why the GOP Is and Will Continue to be the Party of White People, in: The New Republic vom 10. Februar 2013, <https://newrepublic.com/article/112365/why-republicans-are-party-white-people> (Abruf am 23. März 2017).

5 Vgl. *Earl Black / Merle Black*, The Rise of Southern Republicans, Cambridge 2002. *Geoffrey Kabaservice*, Rule and Ruin: The Downfall of Moderation and the Destruction of the Republican Party, From Eisenhower to the Tea Party, New York 2012.

Die Initialzündung des politischen „Realignments“ (also des grundlegenden Wandels der Parteipräferenzen) der weißen Südstaatler stellte die Präsidentschaftskandidatur *Barry Goldwaters* 1964 dar. Basierend auf einer Plattform der Opposition gegen den Civil Rights Act von 1964 konzentrierte der Republikanische Senator aus Arizona sich auf den tiefsten Süden und die dortigen weißen Wähler, deren parteipolitische Präferenzen von ihrer Abneigung gegenüber den schwarzen Mitbürgern geprägt war (und teilweise immer noch ist); in *Goldwaters* Sprache war es für die Republikanische Partei Zeit „dort zu jagen, wo die Enten sind“⁶. *Goldwater* und andere führende Konservative innerhalb der Partei vertraten die Ansicht, dass Republikaner in zukünftigen Wahlen ohnehin nur sehr geringe Chancen haben würden, die afroamerikanische Wählerschaft für sich zu gewinnen. Somit sei eine Fokussierung gerade auf die Teile der weißen Wählerschaft, die das wachsende politische Gewicht der schwarzen Bürger mit Argwohn oder gar Aversion sahen, der beste Weg, zukünftig Mehrheiten zu erhalten. Die konservative Hoffnung, gerade in den Südstaaten, lautete, dass ein Zustrom der schwarzen Wähler zur Demokratischen Partei gleichzeitig mit einem Anstieg des Drangs weißer Wähler, in das Republikanische Lager zu wechseln, einhergehen würde.

Das desaströse Ergebnis der Präsidentschaftswahl 1964 (*Goldwater* gewann nur sechs Bundesstaaten) mag zwar zuerst entmutigend auf andere konservative Kräfte in der Partei gewirkt haben, gab aber auch schon einen Ausblick darauf, wie die Republikaner die Präsidentschaftswahlen der nächsten Jahrzehnte dominieren konnten. Neben seinem Heimatstaat Arizona war *Goldwater* in der Lage, die fünf Bundesstaaten des „Deep South“ für sich zu entscheiden. Diese repräsentierten für fast ein Jahrhundert den harten Kern des „Solid South“ der Demokraten. Hier war die Ablehnung gegenüber der schwarzen Bürgerrechtsbewegung unter der weißen Bevölkerung am stärksten, nicht zuletzt, da der Rassenkonflikt als Nullsummenspiel betrachtet wurde. Dass der soziale Aufstieg und Ausbau des politischen Einflusses einer Gruppe unweigerlich auf Kosten der Anderen gehen würde, war ein Standpunkt, den auch *Trump* sich als ärgster Kritiker von Zuwanderung durchaus zunutze machen konnte. Dass dieser Teil des Landes heute eine der am stärksten Republikanisch dominierten Regionen ist, zeigt aber auch auf, dass sich *Goldwaters* Strategie trotz seines Misserfolges in den Jahrzehnten danach auszahlen sollte. Dieser Erfolg ruhte auf zwei zentralen Säulen, die einerseits den Weg zu *Trumps* Kandidatur ebneten sollten, indem sie die Republikaner zur Partei der tendenziell xenophoben weißen Amerikaner machte, und von deren Wirkstärke bei der Mobilisierung weißer Wähler andererseits auch *Donald Trump* Gebrauch machte: Populismus sowie Appelle an die weiße Wählerschaft mit der Intention, Ressentiments gegenüber ethnischen Minderheiten zu schüren. Die Vorarbeit mehrerer Generationen Republikanischer Politiker schaffte somit eine Wählerbasis, die sowohl anti-elitär als auch gegenüber Minderheiten negativ eingestellt ist und die Veränderungen der demographischen Mehrheitsverhältnisse in den Vereinigten Staaten mit Angst und Ablehnung betrachtet. Auf diesem Fundament stand *Donald Trumps* Präsidentschaftskampagne.

6 Zitiert in: *Stewart Alsop*, Can Goldwater Win in 64?, in: The Saturday Evening Post vom 31. August 1963, S. 19 – 25, S. 23 f.

2. Populistische und xenophobe Appelle vorheriger Kandidaten der Republikaner

Donald Trump entwickelte sich während des Wahlkampfes zu einem Populisten par excellence (siehe insbesondere Punkt 3.1.). Auch hier stand er jedoch in einer Republikanischen Reihe von Politikern, die sich ab den späten 1960er Jahren klar als Populisten positionierten. Obwohl das Konzept des Populismus gerade seit den 1980ern in der Wissenschaft ein hohes Maß an Aufmerksamkeit genießt, bestehen durchaus immer noch Differenzen, ob dieser nun eine Ideologie, ein rhetorisches Stilelement oder eine politische Organisationsweise darstellt.⁷ Geht man mit der wohl vorherrschenden Sichtweise konform, die den Populismus als „dünne“ oder Bindestrichideologie betrachtet, können bestimmte Grundmerkmale als Kriterien an potentielle Populisten angelegt werden. In seiner grundlegenden Form unterteilt der Populismus die Gesellschaft in zwei antagonistische Elemente: auf der einen Seite das anständige, ehrliche Volk, das ein feines Gespür dafür besitzt, welche politischen Lösungen die richtigen sind (und auf dessen Seite der Populist selbst natürlich steht) und auf der anderen die eigennützige Elite, die nebst ihren eigenen Interessen zudem höchstens noch die der Finanzelite beziehungsweise – nach Deutung der Rechtspopulisten – verschiedener (insbesondere ethnischer) Minderheiten vertritt (letztere erhalten laut den Populisten von Seiten des politischen Establishments Wahlgeschenke, da diese Segmente der Bevölkerung zur Mehrheitsbildung benötigt werden).⁸ Der Populist vertritt somit die Ansicht, dass das „eigentliche Volk“ nicht mehr der Souverän ist. Wer genau dieses Volk nun ist, wird nicht unbedingt genauer erläutert; seine genaue Komposition wird eher durch die Segmente, die nicht Teil des von Populisten definierten Volkskörpers sind, aufgezeigt: beispielsweise die bereits erwähnte „Elite“ sowie – bei der rechtspopulistischen Variante – ethnische oder nationale Minderheiten. Den Vorwürfen einer potentiell anti- oder undemokratischen Einstellung seitens der politischen Gegner begegnen Populisten mit dem Argument, dass man ja gerade versuche, die Demokratie zu stärken, indem sichergestellt werde, dass der Volkswille auf der politischen Bühne wieder Gehör finde. Für die Klassifizierung des Rechtspopulismus hat der niederländische Forscher *Cas Mudde* neben den allgemeinen Populismus-Merkmalen zwei Faktoren festgemacht: eine autoritäre Grundeinstellung (am besten zusammengefasst als Wunsch nach strikten, auf traditionellen Moralvorstellungen basierenden Regeln und deren strenger Einhaltung) sowie „nativism“ (von *James Clifford* als „xenophober Schatten der Indigenität“⁹ beschrieben, letzten Endes eine Mischung aus Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit, die als Ziel vorgibt, die Heimat frei von fremden Einflüssen zu halten).¹⁰

7 Vgl. *Jan Jagers / Stefaan Walgrave*, Populism as Political Communication Style: An Empirical Study of Political Parties' Discourse in Belgium, in: *European Journal of Political Research*, 46. Jg. (2007), H. 3, S. 319 – 345; *Benjamin Moffitt / Simon Tormey*, Rethinking Populism: Politics, Mediatization and Political Style, in: *Political Studies*, 62. Jg. (2014), H. 2, S. 381 – 397; *Kurt Weyland*, Clarifying a Contested Concept: Populism in the Study of Latin American Politics, in: *Comparative Politics*, 34. Jg. (2001), H. 1, S. 1 – 22.

8 Vgl. *Frank Decker*, Parteien unter Druck: Der neue Rechtspopulismus in den westlichen Demokratien, Wiesbaden 2000, S. 27 f.; *Stijn van Kessel*, Populist Parties in Europe: Agents of Discontent?, Basingstoke 2015, S. 6 f.

9 *James Clifford*, Returns: Becoming Indigenous in the Twenty-First Century, Cambridge 2013, S. 65.

10 Vgl. *Cas Mudde*, Populist Radical Right Parties in Europe, Cambridge 2007, S. 22 f.

Populistische anti-elitäre Appelle sind gemeinhin ein fester Bestandteil der US-amerikanischen Politik.¹¹ Selbst Berufspolitiker, die bereits seit Jahrzehnten ihren Sitz im Kongress ausfüllen, lamentieren während ihres Werbens um Wiederwahl häufig über die Korruption Washingtons, um sich jedoch gleichzeitig als einen der wenigen Kämpfer des Volkes in der Hauptstadt zu präsentieren. Am weitesten verbreitet ist diese populistische Konzeption der Politik jedoch auf der konservativen Seite. Gerade seit der Kandidatur *Barry Goldwaters* ist insbesondere die anti-elitäre Einstellung (mit einem Fokus auf die intellektuellen Eliten) ein zentraler Bestandteil Republikanischer Kampagnen. Den vielleicht größten Einfluss auf die Republikanische Strategie zur Wählermobilisierung übte aber letztlich ein demokratischer Politiker aus: *George Wallace*, zwischen 1963 und 1987 fast durchgehend Gouverneur Alabamas. Seine durchaus erfolgreiche Kandidatur bei der Präsidentschaftswahl 1968, und zwar nicht als Demokrat, sondern als Vertreter der American Independent Party, zeigte *Richard Nixon* und seinen Strategen auf, welche Stärke populistische Appelle an die weiße Arbeiter- und untere Mittelklasse besaßen – ein Segment der Bevölkerung, das sich wie keine andere Gruppe als Verlierer der Bürgerrechtsrevolution sah. Wie *Trump* fast ein halbes Jahrhundert später, sprach *Wallace* die „echten“ und „einfachen“ Amerikaner an, schürte Ängste und stellte ethnische Minderheiten als eine Einheit dar, die Werte und Wohlstand des Landes gefährdeten. Für den Gründer der konservativen *National Review*, *William F. Buckley Jr.*, war *Wallace* hingegen nicht viel mehr als ein „Wohlfahrtspopulist“¹² – eine Opposition gegenüber diesem politischen Typus, der sich die *National Review* auch ein halbes Jahrhundert später mit ihrem „Never Trump“-Standpunkt treu blieb.¹³ Während seiner Präsidentschaft zog *Richard Nixon* die Lehren aus *Wallaces* Überraschungserfolg, kopierte und adaptierte Teile der Strategie des Gouverneurs, insbesondere die anti-elitären Komponenten.¹⁴ Für seine Administration war die Elite, in den Worten von *Nixons* Vizepräsidenten *Spiro Agnew*, nichts anderes als „eine verweichlichte Truppe unverschämter Snobs, die sich selbst als Intellektuelle beschreiben“¹⁵. Für den Wahlkampf 1972 lautete die Devise, den Demokratischen Gegner *George McGovern* als Teil des Establishments darzustellen, der die Sorgen des einfachen Amerikaners aufgrund seines Elitenstatus nicht verstehen konnte. Eine Geheimnotiz der Republikanischen Partei gab vor, *Nixon* dagegen als „Kandidat des einfachen Mannes, des arbeitenden Mannes“¹⁶ zu positionieren. Der Erfolg sollte *Nixon* recht geben: *McGovern* gewann nur einen einzigen Bundesstaat, während *Nixon* im ehemals „soliden“ Demokratischen Süden seine besten Ergebnisse erzielte.¹⁷

11 Vgl. *Bart Bonikowski / Noam Gidron*, The Populist Style in American Politics: Presidential Campaign Discourse, 1952–1996, in: *Social Forces*, 94. Jg. (2016), H. 4, S. 1593 – 1621.

12 Zitiert in: *Nicole Hemmer*, Messengers of the Right: Conservative Media and the Transformation of American Politics, Philadelphia 2016, S. 208.

13 Vgl. die „Conservatives Against Trump“-Ausgabe des Magazins vom 15. Februar 2016, *National Review*, 68. Jg., H. 2, <https://c7.nrostatic.com/magazine/2016-02-15-0000> (Abruf am 23. März 2017).

14 Vgl. *Michael Kazin*, The Populist Persuasion – An American History, Ithaca 1998, S. 249 f.

15 Zitiert in: *Rick Perlstein*, Nixonland: The Rise of a President and the Fracturing of America, New York 2008, S. 431.

16 Vgl. *Michael Kazin*, a.a.O. (Fn. 14), S. 255.

17 Von den zehn Bundesstaaten, in denen *Nixon* seinen größten Vorsprung erzielte, fanden sich sechs im amerikanischen Süden (als Definition wird hier die Zugehörigkeit zu den „Konföderierten Staaten von Amerika“ angewandt). Wird Oklahoma noch dazu gezählt (durchaus kulturell Teil des Südens, aber zum Zeitpunkt des amerikanischen Bürgerkrieges noch kein Bundesstaat), dann waren insgesamt die sechs besten Ergebnisse *Nixons* allesamt im Süden vorzufinden.

Ein zentraler Bestandteil dieser *Nixon*'schen Strategie, ehemals Demokratische Wähler in das Republikanische Lager zu holen, waren Appelle an Wähler, die vier Jahre zuvor in *Wallace* ihren Heilsbringer sahen. *Nixon* erkannte zwar, dass *Goldwaters* Fokus auf den Süden sinnvoll war, bemängelte jedoch, dieser habe 1964 „die falschen Staaten gewonnen“, da er als „rassistischer Kandidat“¹⁸ angetreten war. *Nixon* verstand, dass eine Strategie, die zu „südstaatlich“ gefärbt war, gleichzeitig moderatere Elemente der Wählerschaft abschreckte. Den Schlüssel zum Erfolg sahen er und seine Berater in einer Kampagne, die auf die Gruppe der so genannten white ethnics und ihre sozioökonomischen Ängste zugeschnitten war. „White ethnics“ waren die Nachfahren europäischer Einwanderer, die nach den Erfolgen der schwarzen Bürgerrechtsbewegung die Klage äußerten, diese Minderheit erhalte nun eine bevorzugte Behandlung, in deren Genuss weder sie noch ihre Vorfahren gekommen waren. Der damalige Arbeitsminister *George Shultz* beschrieb 1969 diese Bevölkerungsgruppe auf eine Art und Weise, die auch fast ein halbes Jahrhundert später auf das Fundament des *Trump*-Erfolges zutreffen würde. Dieses Segment bestand aus weißen Amerikanern, die sich „unsicher über ihren eigenen Platz in der Mitte der amerikanischen Gesellschaft“¹⁹ fühlten. Stagnierende Löhne und höhere Lebenshaltungskosten hatten dazu geführt, dass der gerade erst errungene Nachkriegswohlstand in den Augen dieser Personen bereits wieder in Gefahr war. Diese Ängste und Sorgen, so *Shultz*, trieben eine „rassistisch motivierte Feindseligkeit sowie das Gefühl, ein ‚vergessener Mensch‘ zu sein“²⁰, an.

Als Präsident präsentierte *Nixon* ein ambivalentes Vermächtnis bezüglich der Rassenbeziehungen Amerikas. Einerseits deutete er gegenüber den Wählern und Politikern der Südstaaten an, dass seine Regierung beim Thema Integration der Schulen in der Region nicht mehr als rechtlich notwendig tun werde und teilweise sogar die Ansicht vertrat, die Bundesregierung habe ihren Machtbereich in dieser Frage überschritten.²¹ Immer wieder verband *Nixon* auch seine „Law and Order“-Rhetorik mit Appellen, die durchaus rassistische Untertöne besaßen. Während der Präsidentschaftskampagne 1968 warnte er seine weiße Wählerschaft zum Beispiel davor, dass „die brutale Gesellschaft“ der urbanen (und überproportional nicht-weißen) Stadtkerne „die wohlhabenden Vororte“²² erobern würde. Andererseits versuchte der 37. Präsident jedoch auch politische Lösungen zu finden, die nicht nur die eigene weiße Wählerschaft, sondern auch die afroamerikanische Minderheit zufriedenstellen würden.²³

Mehr noch als seine Vorgänger war *Ronald Reagan* die wegweisende Person bezüglich der Transformation der Republikanischen Partei. Wie so viele weiße Wähler des amerikanischen Südens selbst ein ehemaliger Demokrat, trat *Reagan* 1980 als Kandidat an, dessen Standpunkte sich größtenteils mit denen der weißen Südstaatler deckten. Nicht unweit eines Ortes, an dem 1964 drei Bürgerrechtler brutal ermordet worden waren, sprach er bei einer Wahlkampfveranstaltung in Mississippi davon, dass er „states' rights“ (also den Primat

18 Zitiert in: *Dan T. Carter*, *The Politics of Rage: George Wallace, the Origins of the New Conservatism, and the Transformation of American Politics*, Baton Rouge 2000, S. 326.

19 Zitiert in: *John D. Skrentny*, *The Minority Rights Revolution*, Cambridge 2002, S. 296.

20 Zitiert in: ebenda.

21 Vgl. *D. Sunshine Hillygus / Todd Shields*, *The Persuadable Voter: Wedge Issues in Presidential Campaigns*, Princeton 2008, S. 107.

22 Zitiert in: *Michael A. Cohen*, *American Maelstrom: The 1968 Election and the Politics of Division*, New York 2016, S. 311.

23 Vgl. *Evan Thomas*, *Being Nixon*, New York 2015, S. 260 f.

der Bundesstaaten bei der Gesetzgebung) als Grundpfeiler des politischen Prozesses verstand. Vordergründig mag diese Stärkung des Föderalismus unbedenklich erscheinen; jedoch nutzten gerade auch rassistische Kritiker der Bürgerrechtsgesetze dieses Argument in den frühen 1960er Jahren, um zumindest äußerlich den Anschein einer nicht-rassistischen Opposition zu wahren. Anstatt offen die Gleichberechtigung der Afroamerikaner zu kritisieren, wurde argumentiert, diese Fragen seien besser auf Landesebene zu lösen – mit der faktischen Folge, dass die rassistischen Institutionen des Südens weiterhin ihre schwarzen Bürger als Amerikaner zweiter Klasse behandelt hätten. Der Ausdruck der „states' rights“ wurde somit in dieser Ära für Politiker zu einem Werkzeug, ihrem tendenziell anti-schwarzen Publikum zu zeigen, dass sie auf ihrer Seite standen, ohne gleichzeitig eine offen rassistische Rhetorik anzuwenden. Dass *Reagan* sich der Tragweite und Funktion dieses Ausdrucks bewusst war, bewies er nicht zuletzt durch seine erstmalige Nutzung vor dem erwähnten Publikum in Mississippi.²⁴

Seine transformative Rolle bezog sich jedoch nicht nur darauf, die Republikanische Fokussierung auf die weißen Wähler des Südens fortzuführen. Ehemalige Demokratische Wähler wollte der frühere Schauspieler auch durch eine populistische Vorgehensweise für seine neue politische Heimat gewinnen (*Reagan* war bis 1962 selber Demokrat). Einige der Kommentare und Standpunkte, die er vertrat, zeigen die Ähnlichkeiten zwischen dem 45. und 40. Präsidenten der Vereinigten Staaten. *Reagan* sprach gern von einer „kleinen intellektuellen Elite in einer weit entfernten Hauptstadt“, der er vorwarf zu glauben, „sie könne unser Leben für uns besser planen, als wir es selbst können“²⁵. Gleichzeitig argumentierte er auch, dass „so etwas wie links oder rechts“²⁶ nicht existiere – ein Narrativ, das auch heutzutage bei Populisten beliebt ist. Die Aufgabe ihrer traditionellen Prinzipien war ein Vorwurf, den *Reagan* seinen Demokratischen Gegnern immer wieder unterstellte. „Früher“, so *Reagan* während seiner Wiederwahlkampagne 1984, „kämpften [die Demokraten] für die arbeitenden Familien Amerikas, und heute scheinen sie sich nur noch für die ‚special interests‘²⁷ und ihre eigene linksextreme Ideologie einzusetzen“²⁸.

Der ehemalige Gouverneur Kaliforniens sah es als sein explizites und vielleicht bedeutungsvollstes Ziel an, seine Partei für den einfachen Mann zu öffnen. Lange die Heimat der wirtschaftlich erfolgreichen Oberschicht, sollte die Partei nach *Reagans* Ansicht einen Kurs einschlagen, der die einfachen Arbeiter mit ihren konservativen gesellschaftspolitischen Werten – später gemeinhin als „Reagan Democrats“ bekannt – einzubinden vermochte. Wie folgend aufgezeigt wird, kann nach der Wahl im November 2016 durchaus auch von ähnlichen „Trump Democrats“ gesprochen werden, einem Segment der weißen Arbeiterklasse, das sich seit Jahrzehnten von der Demokratischen Partei kontinuierlich schlechter vertreten sieht und 2016 mit einer überwältigenden Mehrheit für den Kandidaten der Republikanischen Partei votierte.

24 Vgl. *Joseph Crespino*, In Search of another Country: Mississippi and the Conservative Counterrevolution, Princeton 2007, S. 1.

25 *Ronald Reagan*, A Time for Choosing, 27. Oktober 1964, <http://origin.heritage.org/initiatives/first-principles/primary-sources/a-time-for-choosing-ronald-reagan-enters-the-political-stage> (Abruf 23. März 2017).

26 Ebenda.

27 Ein Ausdruck, den auch *Trump* während des Wahlkampfes immer wieder einsetzte.

28 *Ronald Reagan*, Remarks at a Reagan-Bush Rally in Fairfield, Connecticut, 26. Oktober 1984, <http://www.presidency.ucsb.edu/ws/?pid=39317> (Abruf am 23. März 2017).

3. *Trump's Sieg*

3.1. *Donald Trump* als Republikanischer Populist

Zumindest zu Beginn des Präsidentschaftswahlkampfes gab es bezüglich der Einordnung *Donald Trumps* als Populisten keine universelle Übereinstimmung. *Cas Mudde* argumentierte zu diesem Zeitpunkt beispielsweise, *Trump* stelle die Rolle des Volkes als entscheidende Machtinstanz nicht explizit heraus. Anstatt die Ansicht zu vertreten, dass einzig und allein der Volkswille das Land auf einen besseren Kurs steuern könne, glaube *Trump*, nur er allein besäße die Lösungen für jedwedes Problem. Dies mag gerade in der Anfangsphase seiner Kandidatur tatsächlich der Fall gewesen sein; jedoch zeigt eine Analyse seiner Wahlkampfauftritte, dass gerade während des Wettkampfes mit *Hillary Clinton* das Konstrukt des Volkes eine zentrale Rolle in seiner Rhetorik spielte. Ein weiterer Faktor, der *Trump's* Einordnung als Populist teilweise infrage stellte, war, dass er im Gegensatz zu anderen populistischen Politikern sich nicht als Teil des einfachen Volkes darstellte. Ganz im Gegenteil: *Trump* hob immer wieder hervor, wie herausragend er sei. Reichtum, Intelligenz, Macht, Einfluss – in all diesen Bereichen präsentierte er sich als alles andere als ein „einfacher Amerikaner“²⁹.

Genau diesem Teil der Bevölkerung wandte er sich jedoch in den Vorwahlen und danach mit einer Sprache zu, die sich einiger populistischer Werkzeuge bediente. Im Mittelpunkt stand immer wieder die antagonistische Beziehung zwischen Volk und Elite – eine rhetorische Vorgehensweise, der sich Republikaner wie bereits gesehen seit Jahrzehnten bedienen. Konstant betonte *Trump*, dass sich die Kluft zwischen diesen beiden Segmenten in den letzten Jahren vergrößert hatte und die Erfolge der Elite unweigerlich auf Kosten des einfachen Amerikaners zustande gekommen seien. „Washington florierte“, so *Trump* in seiner Antrittsrede als Präsident, „aber das Volk erhielt nicht [seinen] Anteil an diesem Wohlstand.“³⁰ Der Kontrast konnte stärker nicht sein. Die „Triumphe“ des gesichtslosen „Establishments“ seien nicht die Triumphe des Volkes. Während erstere in der Hauptstadt „feierten“, gebe es für den Rest des Volkes keinen Grund zum Optimismus.³¹

Worin *Trump* sich von anderen Republikanischen Politgrößen unterschied, war seine Ablehnung gegenüber der gesamten Elite. Ziel seiner Angriffe war eben nicht nur die Politikelite aus der Hauptstadt, sondern auch ihr ökonomisches Pendant. Zusammen konspirierten sie gegen die Interessen des einfachen Amerikaners und seien somit für die Misere der amerikanischen Arbeiterklasse verantwortlich. „Internationale Banken“, so *Trump*, „planen die Zerstörung der amerikanischen Souveränität.“³² *Clinton* und ihren Wall Street-Unterstützern wurde vorgeworfen, ein „manipuliertes [rigged] System“ aufrecht zu erhalten und Interessen zu verfolgen, die diametral denen des normalen Bürgers gegenüberstanden.

29 Vgl. *Cas Mudde*, The Trump Phenomenon and the European Populist Radical Right, in: The Washington Post online vom 26. August 2015, https://www.washingtonpost.com/news/monkey-cage/wp/2015/08/26/the-trump-phenomenon-and-the-european-populist-radical-right/?utm_term=.775746030c77 (Abruf am 23. März 2017).

30 Zitiert in: „Donald Trump's Inaugural Speech. Annotated“, in: The New York Times online vom 20. Januar 2017, https://www.nytimes.com/interactive/2017/01/20/us/politics/donald-trump-inauguration-speech-transcript.html?_r=0. (Abruf am 23. März 2017).

31 Zitiert in: ebenda.

32 Zitiert in: *Katie Reilly*, Read Donald Trump's Speech Addressing Sexual Assault Accusations, in: Time online vom 13. Oktober 2016, <http://time.com/4530515/donald-trump-sexual-assault-accusations-transcript/> (Abruf am 23. März 2017).

Je näher der Wahltag rückte, desto stärker wurde dieser Kontrast in den Vordergrund gerückt. *Trump* argumentierte immer wieder, dass „diejenigen, die an den Hebeln der Macht sitzen, sowie [...] die globalen ‚Spezialinteressen‘“ nicht das „Wohl [des Volkes] im Hinterkopf“³³ hätten. Die Präsidentschaftswahl wurde somit als eine „historische Weggabe-
lung“ beschrieben, in der sich entscheiden würde, ob „wir, das Volk, die Kontrolle über unsere Regierung zurückgewinnen“ oder ob nur die „Illusion der Demokratie“ bestünde, in der die Vereinigten Staaten in Wirklichkeit von „einer kleinen Handvoll globaler
„Spezialinteressen““³⁴ kontrolliert würden.

Eine ähnliche Wortwahl lässt sich in der Presseerklärung der *Trump*-Kampagne bezüglich des Ausgangs des Brexit-Referendums erkennen. *Trump* ließ verlauten, dass nun auch die Amerikaner dank seiner Kandidatur die Möglichkeit erhielten, „die heutige Herrschaft der globalen Elite zurückzuweisen“³⁵. Während der gesamten Kampagne sprach er immer wieder davon, das „korrupte Establishment aufzubrechen“³⁶, und attackierte ein „politisches System, welches das Volk im Stich gelassen hat und nur sich selbst bereichert“³⁷. In späteren Reden wurde dieses „politische System“ noch auf das „Washingtoner Establishment“ sowie die „Finanz- und Medienunternehmen, die es finanzieren“³⁸ ausgeweitet. Kontrastiert wurde *Trumps* neues Amerika mit der bevorzugten Vision seiner Gegnerin. Unter *Hillary Clinton*, so *Trump*, würden sich die Vereinigten Staaten zu einem Land entwickeln, in dem „die Elite nach einem Standard behandelt wird“, während der Rest der Bevölkerung als Menschen „zweiter Klasse“ gelte.³⁹ Wie andere Populisten pries *Trump* zusätzlich seine eigene politische Unerfahrenheit als Vorteil an und argumentierte, ähnlich wie dies *Reagan* ein halbes Jahrhundert vorher getan hatte, dass die zentrale Konfliktlinie in Politik und Gesellschaft nicht mehr zwischen Links und Rechts existiere. „Die wirkliche Kluft“, behauptete *Trump* auf einer Wahlkampfveranstaltung in New Hampshire, „besteht zwischen der ganz normalen arbeitenden Bevölkerung und einem korrupten Politikestablishment, das nur für sich selbst arbeitet.“⁴⁰ Selbst als Präsident wurde der Konflikt zwischen Volk und politischer Elite fortgeführt. In seiner ersten Rede als Amtsinhaber versprach *Trump*, die Macht sei nicht lediglich von der einen zur anderen Partei übergeben worden – vielmehr werde diese nun an das Volk zurückgegeben.⁴¹ Das möglicherweise beste Beispiel seiner populistischen Rhetorik konnte in einem Gastkommentar im Wall Street Journal vorgefunden werden. Hier behaupt-

33 Zitiert in: ebenda.

34 Zitiert in: ebenda.

35 *Donald J. Trump*, Donald J. Trump Statement Regarding British Referendum on E.U. Membership, 24. Juni 2016, <http://www.presidency.ucs.edu/ws/?pid=117776> (Abruf am 23. März 2017).

36 Zitiert in: „Donald Trump’s full remarks in Des Moines, Iowa, 27. August 2016“, in: Politico online vom 27. August 2016, <http://www.politico.com/story/2016/08/full-text-trump-227472> (Abruf am 23. März 2017).

37 Zitiert in: „Donald Trump addresses African-American congregation in Detroit, 3. September 2016“, in: Politico online vom 3. September 2016, <http://www.politico.com/story/2016/09/donald-trump-detroit-transcript-227713> (Abruf am 23. März 2017).

38 Zitiert in: *Katie Reilly*, a.a.O. (Fn. 32).

39 *Donald J. Trump*, Remarks in Virginia Beach, Virginia, 11. Juli 2016, <http://www.presidency.ucs.edu/ws/?pid=117815> (Abruf am 23. März 2017).

40 Zitiert in: C-Span, Donald Trump Campaign Rally in Manchester, New Hampshire, 25. August 2016, <https://www.c-span.org/video/?414349-1/donald-trump-campaigns-manchester-new-hampshire> (Abruf am 23. März 2017).

41 Vgl. „Donald Trump’s Inaugural Speech, Annotated“, a.a.O (Fn. 30).

tete der Kandidat, das „einzige Gegenmittel für eine jahrzehntelange Herrschaft einer kleinen Handvoll von Eliten“ sei „eine kühne Infusion des Volkswillens“⁴².

Jan Jagers und *Stefaan Walgrave* definierten Populismus als Kommunikationsrahmen, durch den Akteure Appelle an das Volk richten, sich mit ihm identifizieren und vorgeben, in seinem Namen zu sprechen; nach diesem Maßstab kann *Trump* als Populist eingeordnet werden.⁴³ Eine detailliertere Definition der Autoren liefert einen noch genaueren Aufschluss bezüglich seiner populistischen Referenzen. *Jagers* und *Walgrave* unterteilen Populisten in vier Gruppen: complete, excluding, anti-elitist sowie empty. „Complete“, also vollständige Populisten, richten ihre Appelle direkt an das Volk und attackieren sowohl die Elite als auch „Outgroups“, das heißt Gruppen, die als außerhalb des eigentlichen Volks stehend betrachtet werden. Die Analyse der Rhetorik *Donald Trumps* bezüglich fremdenfeindlicher Appelle auf den folgenden Seiten liefert genügend Beweise, um ihn in diesem Sinne als „vollständigen“ Populisten zu bezeichnen.

3.2. Die Republikaner und *Trump* als Vertreter der weißen Arbeiterklasse

Der konservative Populismus der Republikanischen Partei spricht seit Jahrzehnten die weiße Arbeiterklasse des Landes an. Der Kampf für schwarze Bürgerrechte sowie ihre Implementierung in den 1960er Jahren spielte Konservativen und Republikanern hier durchaus in die Hände. Gerade *George Wallace* sprach die Ängste einer weißen Arbeiterklasse und unteren Mittelschicht in seiner Kandidatur 1968 an, die sowohl ökonomischen Wohlstand als auch den sozialen Status innerhalb der amerikanischen Gesellschaft vis-à-vis anderer Bevölkerungsgruppen als Nullsummenspiel ansahen. Würden Schwarze nun besseren Zugang zu Arbeitsplätzen, Wohnungen und Schulen erhalten, so konnte dies in den Augen der *Wallace*-Wähler und einiger Konservativer nur auf Kosten der weißen Mehrheit geschehen. Wie bereits erwähnt, beschrieb der Republikanische Arbeitsminister *George Shultz* 1969 diese Wähler als eine Gruppe, die immer mehr das Gefühl habe, von der Regierung „vergessen“ zu sein – eine Wortwahl, die *Trump* in seiner Siegesrede vom 9. November direkt aufgriff: „Die vergessenen Männer und Frauen unseres Landes werden nun nicht mehr vergessen sein.“⁴⁴

In den späten 70er Jahren forderte *Reagan* seine Partei auf, sich vom Image der politischen Vertretung der wohlhabenden Country Clubs zu verabschieden und stattdessen zu versuchen, „den Mann und die Frau in den Fabriken, [...] den Landwirt, [...] den Polizisten auf Streife“⁴⁵ als Kernwählerschaft zu gewinnen. Dieser Aufruf war jedoch hauptsächlich auf die Überschneidung bei gesellschaftspolitischen, also soziokulturellen, Themen gerichtet. *Reagan* und andere Republikaner vertraten die Ansicht, dass diese traditionell Demokratischen Wähler dank ihrer konservativen Präferenzen bei den Themen Abtreibung, nationale Sicherheit und Bekämpfung der Kriminalität mittelfristig zur Republikani-

42 *Donald J. Trump*, Let Me Ask America a Question, in: The Wall Street Journal online vom 14. April 2016, <http://www.wsj.com/articles/let-me-ask-america-a-question-1460675882> (Abruf am 23. März 2017).

43 Vgl. *Jan Jagers* / *Stefaan Walgrave*, a.a.O. (Fn. 7), S. 322.

44 Zitiert in: CNN, Donald Trump's Victory Speech (Full Text), 9. November 2016, <http://edition.cnn.com/2016/11/09/politics/donald-trump-victory-speech/index.html> (Abruf am 23. März 2017).

45 *Ronald Reagan*, The New Republican Party, 6. Februar 1977, http://reagan2020.us/speeches/The_New_Republican_Party.asp (Abruf am 23. März 2017).

schen Partei überlaufen würden. Teil dieser Strategie war es, bei Appellen an diese Gruppe ökonomischen Themen weniger Gewicht zuzuschreiben. *Donald Trump* wählte hingegen einen abgeänderten Weg und bevorzugte eine ideologische Plattform, die zumindest in diesem Bereich mehr mit europäischen Rechtspopulisten als mit konservativen Republikanern gemein hatte, aber trotzdem ein Segment ansprach, das bereits Republikanische Größen wie *Nixon* und *Reagan* als Eckpfeiler konservativer Mehrheiten gesehen hatten.

Trump versprach, dass er „dieses Land oder sein Volk nicht mehr länger an die falsche Verlockung der Globalisierung ausliefern“⁴⁶ werde, die „die Finanzelite, die an Politiker spendet, sehr reich gemacht“, aber „Millionen von Arbeitern nichts als Armut und Sorgen“⁴⁷ gebracht habe. In einer anderen Rede attackierte der Milliardär „eine globale Machtstruktur, die Verantwortung für die wirtschaftlichen Entscheidungen trägt, die unsere Arbeiterklasse ausgeraubt haben“, während sie „Geld in die Taschen einer Handvoll großer Unternehmen und politischer Gruppen“ stecke.⁴⁸ Immer wieder positionierte sich *Trump* somit als Figur, die „arbeitenden Menschen das erste Mal in mehreren Jahrzehnten eine Stimme geben“⁴⁹ würde, während die Wirtschaft des Landes von „großen Geldgebern, die die Löhne niedrig halten wollen“⁵⁰, kontrolliert sei. Der einfache amerikanische Arbeiter wurde letztlich zum Sinnbild des gesamten amerikanischen Volkes hochstilisiert, da *Trump* immer wieder die Meinung kundtat, das gesamte politische und ökonomische System sei „gegen Euch, das amerikanische Volk, manipuliert“⁵¹.

Auch in Bezug auf die Wirtschaftspolitik brach er mit der Republikanischen Tradition und befürwortete Maßnahmen, die ihn eher in das Lager der europäischen Rechtspopulisten platzierten. Um die Abwanderung von Arbeitsplätzen nach Mexiko zu unterbinden, schlug er eine Importsteuer von 35 Prozent für Autos, die in Mexiko montiert wurden, vor.⁵² Beim Thema Mindestlohn konnte er sich vorstellen, diesen von 7,25 auf 10 Dollar pro Stunde zu erhöhen, obwohl er hier wie so oft keine klare Linie verfolgte und seinen Standpunkt mehrmals änderte.⁵³ Besonders stach seine Position zum Thema Freihandel heraus. Immer wieder attackierte er das nordamerikanische Freihandelsabkommen NAFTA

46 Zitiert in: *Julian Hattem*, Trump Warns Against 'False Song of Globalism', in: The Hill online vom 27. April 2016, <http://thehill.com/policy/national-security/277879-trump-warns-against-false-song-of-globalism> (Abruf am 23. März 2017).

47 Zitiert in: „Full Transcript: Donald Trump's Jobs Plan Speech“, in: Politico online vom 28. Juni 2016, <http://www.politico.com/story/2016/06/full-transcript-trump-job-plan-speech-224891#ixzz4Cub1hNxu> (Abruf am 23. März 2017)

48 Zitiert in: *Katie Reilly*, a.a.O. (Fn. 32).

49 Zitiert in: „Donald Trump's full remarks in Des Moines, Iowa, 27. August 2017“, in: Politico online vom 27. August 2016, <http://www.politico.com/story/2016/08/full-text-trump-227472> (Abruf am 23. März 2017).

50 Zitiert in: „Donald Trump NYC speech on stakes of the election, 22. Juni 2016“, in: Politico online vom 22. Juni 2016, <http://www.politico.com/story/2016/06/transcript-trump-speech-on-the-stakes-of-the-election-224654#ixzz4lZ9lo3JU> (Abruf am 23. März 2017).

51 Zitiert in: ebenda.

52 Vgl. *Ian Hanchett*, Trump: I'd Put a 35% Tax on Cars Made in Mexico, in: Breitbart online vom 14. September 2015, <http://www.breitbart.com/video/2015/09/14/trump-id-put-a-35-tax-on-cars-made-in-mexico/> (Abruf am 23. März 2017).

53 Vgl. *Ye Hee Lee*, A Guide to All of Donald Trump's Flip-Flops on the Minimum Wage, in: The Washington Post online vom 3. August 2016, <https://www.washingtonpost.com/news/fact-checker/wp/2016/08/03/a-guide-to-all-of-donald-trumps-flip-flops-on-the-minimum-wage/> (Abruf am 23. März 2017).

und die Trans-Pacific Partnership (TPP) als die „am wahrscheinlich inkompetentesten ausgehandelten Handelsabkommen in der Geschichte der Menschheit“⁵⁴.

3.3. *Trumps* Appelle an eine weiße Wählerschaft, die Minderheiten mit Argwohn betrachtet

Auch wenn es bei ökonomischen Themen durchaus beträchtliche Unterschiede zwischen *Trump* und seinen Republikanischen Vorgängern gab, stand der Kandidat in einer entscheidenden anderen Frage in der Tradition der Partei. Verschiedene Analysen haben gezeigt, dass er in seinem Kurs auf das Weiße Haus ein Segment der Wählerschaft für sich besonders gewinnen konnte, das Republikaner seit nunmehr einem halben Jahrzehnt direkt ansprechen: weiße Wähler, die ethnischen Minderheiten („racial minorities“) mit Argwohn gegenüber stehen. Gemessen wird diese Aversion heutzutage auf der Basis von „racial resentment“, einem aus vier Fragen beziehungsweise Behauptungen konstruierten Maßstab für Vorurteile gegenüber Afroamerikanern.⁵⁵ Auf dieser „racial resentment“-Skala stachen *Trumps* Wähler für das Ausmaß ihrer Vorurteile besonders heraus, durchaus auch im Vergleich zu den Wählern anderer Republikanischer Kandidaten des Wahlzyklus 2016.⁵⁶ Während Konservatismus bei rassebezogenen Fragen zudem sowohl 2008 als auch 2012 keine statistisch signifikante Vorhersagekraft besaß, wenn es um die Frage ging, ob Republikanische Vorwähler *John McCain* beziehungsweise *Mitt Romney* unterstützen, bestand 2016 eine starke Differenz zwischen den so genannten „racial liberals“ und „racial conservatives“ innerhalb der Republikanischen Partei. Unter ihren Vorwählern lag der Anteil von *Trump*-Anhängern bei denjenigen, die sich im höchsten Quartil der „racial resentment“-Vorurteilsskala befanden, 30 Prozentpunkte höher als bei Republikanischen Vorwählern, die ihrerseits im niedrigsten Quartil anzusiedeln waren.⁵⁷ *Donald Trumps* Erfolg in den Vorwahlen basierte somit auf der Unterstützung der fremdenfeindlichsten Wähler der Republikanischen Partei.

Ergänzt wurden diese Ressentiments gegenüber schwarzen Amerikanern bei den Unterstützern *Trumps* durch eine starke Ablehnung zusätzlicher Zuwanderung, basierend auf der Angst, Migranten würden die Vereinigten Staaten unweigerlich verändern. Im Januar 2016 unterstützten beispielsweise 60 Prozent der Republikanischen Wähler, die Zuwanderer als eine besonders starke Bedrohung der amerikanischen „Bräuche und Werte“ sahen, *Donald Trump*. Nur 15 Prozent von ihnen standen auf der Seite von *Ted Cruz*, *Trumps* ärgstem

54 Zitiert in: „Transcript: Donald Trump's full immigration speech, annotated, 31. August 2016“, in: Los Angeles Times online vom 31. August 2016, <http://www.latimes.com/politics/la-na-pol-donald-trump-immigration-speech-transcript-20160831-snap-htmlstory.html> (Abruf am 30. Juni 2017).

55 Für eine detaillierte Erklärung und die Rolle von „racial resentment“ in der modernen amerikanischen Politik vgl. *Michael Tesler / David O. Sears*, *Obama's Race: The 2008 Election and the Dream of a Post-Racial America*, Chicago 2010, S. 17 – 20.

56 Vgl. „Trump and the Academy, 1. September 2016“, in: *The Economist* online vom 1. September 2016, <http://www.economist.com/news/united-states/21706341-political-science-refashions-itself-deal-republican-nominee-trump-and> (Abruf am 23. März 2017). Während 59 Prozent aller *Trump*-Wähler im obersten Quartil der „racial resentment“-Skala vorzufinden waren, lag dieser Wert bei 46 Prozent bei anderen Republikanern und 29 Prozent bei allen Wählern.

57 Vgl. *Michael Tesler*, *Trump is the First Modern Republican to Win the Nomination Based on Racial Prejudice*, in: *The Washington Post* online vom 1. August 2016, <https://www.washingtonpost.com/news/monkey-cage/wp/2016/08/01/trump-is-the-first-republican-in-modern-times-to-win-the-partys-nomination-on-anti-minority-sentiments/> (Abruf am 30. Juni 2017).

Tabelle 1: Ansichten von Trump-, Cruz- und Rubio- bzw. Kasich-Wählern zu verschiedenen gesellschaftspolitischen Fragen im Bereich nationale Identität und Zuwanderung (Zustimmung in Prozent)

	Starke Unterstützung für Einreiseverbot von Muslimen	Starke Bejahung: Weiße haben das Nachsehen wegen bevorzugter Behandlung von Minderheiten	Starke Unterstützung für Abschiebung von illegalen Einwanderern
<i>Donald Trump</i>	60	37	62
<i>Ted Cruz</i>	44	21	39
<i>Marco Rubio / John Kasich</i>	25	15	24
Quelle: ABC News, The Washington Post, The Roots of Trumpismo: Populism and Pushback, 13. März 2016, S. 3.			

Widersacher.⁵⁸ Wie Tabelle 1 zeigt, stach die Abneigung gegenüber ethnischen und religiösen Minderheiten bei *Trump*-Wählern auch im inner-republikanischen Vergleich heraus. Letztlich bleibt jedoch zusammenzufassen, dass die Wählerbasis des 45. Präsidenten aus Amerikanern bestand, die dank des xenophoben und nativistischen Kurses führender Republikaner wie *Barry Goldwater*, *Richard Nixon* sowie *Ronald Reagan* nun die Stammwählerschaft der Partei konstituieren.

Donald Trumps Rhetorik während des Wahlkampfes, die ihn gerade bei dieser extrem negativ gegenüber Minderheiten eingestellten Wählerschaft populär machte, sollte jedoch selbst anderen Republikanern Sorgen bereiten – nicht unbedingt aufgrund inhaltlicher Differenzen, sondern wegen der plumpen Art und Weise ihrer Nutzung. Studien zu der Frage, wie Politiker rassistische Feindseligkeiten für sich nutzen können, haben in der Tat gezeigt, dass diese Vorbehalte normalerweise ausgelöst werden müssen, ohne dass der Zielgruppe bewusst wird, dass aus ihren xenophoben Neigungen politisches Kapital geschlagen werden soll. Werden diese Appelle zu offensichtlich lanciert, wenden sich diese Wähler hingegen vom Kandidaten ab, da rassistische Sichtweisen als gesellschaftlich inakzeptabel gelten.⁵⁹ *Trump*s Kampagne scheint diese soziologische Gewissheit jedoch infrage gestellt zu haben. Dass sich der Immobilienmagnat auf weiße sowie tendenziell eher xenophobe Wähler konzentrierte, ließ sich bereits in der Rede erkennen, die *Trump* zu seinem Wahlkampfstart hielt: Mexiko schicke nicht seine besten Bürger über die Grenze in die Vereinigten Staaten; stattdessen erhielten die USA Einwanderer, die ihre Probleme sowie Drogen und Kriminalität ins Land brächten. Auf den Punkt gebracht: „Sie sind Vergewaltiger.“⁶⁰

Eine zentrale Strategie *Donald Trumps* war es zudem, die Themen Kriminalität und Zuwanderung miteinander zu verbinden. Immer wieder wurde die Gleichung aufgestellt, dass

58 Vgl. *Michael Pollard / Joshua Mendelsohn*, RAND Kicks Off 2016 Presidential Election Panel Survey, in: RAND Corporation vom 27. Januar 2016, <https://www.rand.org/blog/2016/01/rand-kicks-off-2016-presidential-election-panel-survey.html> (Abruf am 30. Juni 2017).

59 Vgl. *Tali Mendelberg*, The Race Card: Campaign Strategy, Implicit Messages, and the Norm of Equality, Princeton 2001, S. 229; *Nicholas A. Valentino / Vincent L. Hutchings / Ismail K. White*, Cues That Matter: How Political Ads Prime Racial Attitudes during Campaigns, in: *American Political Science Review*, 96. Jg. (2002), H. 1, S. 75 – 90, S. 87 f.

60 Zitiert in: „Donald Trump announces a presidential bid, 16. Juni 2015“, in: The Washington Post online vom 15. Juni 2015, https://www.washingtonpost.com/news/post-politics/wp/2015/06/16/full-text-donald-trump-announces-a-presidential-bid/?utm_term=.451b23f4e3c2 (Abruf am 23. März 2017).

mehr Zuwanderung unweigerlich auch zu einem Anstieg der Kriminalität führe, ein Standpunkt, der auch in *Trumps* Rede auf dem Parteitag zur besten Sendezeit im Mittelpunkt stand. Der gerade gekrönte Kandidat der Republikanischen Partei lamentierte, dass „fast 180.000 vorbestrafte illegale Einwanderer, deren Abschiebung bereits angeordnet ist“, sich trotzdem frei auf Amerikas Straßen bewegen könnten, um „friedliche Bürger zu bedrohen“⁶¹. In einer anderen Rede kontrastierte er seine Vorgehensweise in diesem Politikbereich mit der seiner Gegnerin, *Hillary Clintons* Pläne für die Einwanderungspolitik würden, laut *Trump*, zu „Millionen weiteren illegalen Einwanderern“ führen – eine Welle, die „tausende weitere gewalttätige, furchtbare Verbrechen“ sowie „totales Chaos und Gesetzlosigkeit“ mit sich bringen würde.⁶² Im Kern behauptete *Trump*, dass „mass immigration“ unweigerlich mit „mass lawlessness“ einherginge.⁶³

Nicht nur (hauptsächlich lateinamerikanische) Einwanderer wurden zur Zielscheibe seiner „Law and Order“-Rhetorik. Ähnlich wie seine Vorgänger brachte *Trump* auch die schwarze Bevölkerung in seine Kampagne ein. Interessanterweise waren es gerade seine Versuche, der schwarzen Wählerschaft die Hand zu reichen, die bewährte Republikanische Stilmittel mit dem Ziel aufgriffen, Ängste und Ablehnung unter weißen Wählern gegenüber Afroamerikanern zu schüren. „Ihr lebt in Armut, Eure Schulen taugen nichts, Ihr habt keine Jobs, 58 Prozent Eurer Jugendlichen sind arbeitslos – was zum Teufel habt Ihr noch zu verlieren?“⁶⁴, war *Trumps* eher unbeholfener und plumper Versuch, Schwarze auf seine Seite zu bringen. Das Bild der kriminellen und arbeitslosen Minderheit zeichnete er auf zahlreichen Wahlkampfveranstaltungen. Ein besonders beliebter Vergleich war es, amerikanische „inner cities“ (eine Art Codewort für die hauptsächlich von Afroamerikanern bewohnten urbanen Stadtteile) mit Kriegsgebieten gleichzustellen: „Man könnte in Kriegsgebiete in Ländern, gegen die wir kämpfen, gehen, und es wäre dort sicherer, als in den ‚inner cities‘ zu wohnen, die von Demokraten regiert werden.“⁶⁵ Diese „inner cities“ präsentierte *Trump* als eine veritable „Hölle“, in der Afroamerikaner auf dem Weg zu jedem einfachen Lebensmitteleinkauf Gefahr liefen, erschossen zu werden.⁶⁶

3.4. *Trumps* Wählerschaft: Republikanisch und ein wenig mehr

Donald Trump mag zwar als politische Figur „singulär“⁶⁷ gewesen sein, doch illustrierte das Wahlergebnis, inwieweit der New Yorker Unternehmer seinen Erfolg der Vorarbeit unzäh-

61 Zitiert in: „Donald Trump 2016 RNC draft speech transcript, 21. Juli 2016“, in: Politico online vom 21. Juli 2016, <http://www.politico.com/story/2016/07/full-transcript-donald-trump-nomination-acceptance-speech-at-rnc-225974> (Abruf am 30. Juni 2017).

62 Zitiert in: „Transcript: Donald Trump’s full immigration speech“, a.a.O. (Fn. 54).

63 Zitiert in: ebenda.

64 Zitiert in: *Tom LoBianco / Ashley Killough*, Trump Pitches Black Voters: ‘What the Hell do you Have to Lose’, in: CNN online vom 20. August 2016, <http://edition.cnn.com/2016/08/19/politics/donald-trump-african-american-voters/index.html> (Abruf am 30. Juni 2017).

65 Zitiert in: *Jonathan Easley*, Trump Casts Inner Cities as ‘War Zones’ in Pitch to Minority Voters, in: The Hill online vom 22. August 2016, <http://thehill.com/blogs/ballot-box/presidential-races/292283-trump-casts-inner-cities-as-war-zones-in-pitch-to> (Abruf am 30. Juni 2017).

66 Zitiert in: *Candace Smith*, Trump Warns of Inner City ‘Hell’ for Blacks Where Trayvon Martin Was Shot, in: ABC News online vom 25. Oktober 2016, <http://abcnews.go.com/Politics/trump-warns-city-hell-blacks-trayvon-martin-shot/story?id=43057914> (Abruf am 30. Juni 2017).

67 *Torben Lütjen*, a.a.O. (Fn. 3), S. 285.

liger Republikanischer Politiker und Strategen verdankte. Die Bindungen zwischen der weißen Wählerschaft und der Republikanischen Partei sollten sich beispielsweise als so robust herausstellen, dass er bei der Präsidentschaftswahl 2016 sogar weiße Wählerinnen mit einem Vorsprung von immerhin neun Prozentpunkten für sich gewinnen konnte.⁶⁸ Trotz seiner drei Ehen und der fehlenden Bibelfestigkeit war *Trump* zudem dank seiner identitätspolitischen Plattform in der Lage, die Republikanische Kerngruppe der weißen Evangelikalen mit einem Vorsprung zu gewinnen, den nicht einmal der „wiedergeborene“ *George W. Bush* erringen konnte⁶⁹: 81 Prozent dieser Gläubigen, die gerade in den Südstaaten beheimatet sind, stimmten für *Trump*. *Bush* gewann „nur“ 78 Prozent ihrer Stimmen bei seiner Wiederwahl im Jahr 2004.⁷⁰

Auch bezüglich der weißen Arbeiterklasse (in den Vereinigten Staaten nicht über Einkommen, sondern Bildungsgrad [Hochschulabschluss] definiert) war *Donald Trump* in der Lage, deren stete Migration in die Republikanische Partei für sich zu nutzen beziehungsweise dieser parteipolitischen Neuausrichtung einen weiteren Schub zu geben. 67 Prozent der weißen Wähler ohne Hochschulabschluss (darunter 61 Prozent aller Wählerinnen innerhalb dieses Segments) entschieden sich für ihn. *Mitt Romney* und *John McCain* gewannen 61 beziehungsweise 58 Prozent der weißen Amerikaner ohne Hochschulabschluss.⁷¹ Allerdings schnitt *Trump* schlechter bei weißen Amerikanern mit Hochschulabschluss ab als *Romney* und *McCain* (vgl. Tabelle 2). Insgesamt lag der Republikanische Vorsprung unter weißen Amerikanern ohne Hochschulabschluss bei der Präsidentschaftswahl 2016 um 35 Punkte höher als bei ihren Pendants mit einem Abschluss, eine deutlich größere Lücke als in den Wahljahren zuvor.

Dieses Wahlergebnis spiegelt auch generelle Veränderungen innerhalb der US-amerikanischen Wählerschaft wider. Identifizierten sich 1992 noch 50 Prozent aller weißen Amerikaner, die nie eine Hochschule besucht hatten, als Demokraten und 41 Prozent als Republikaner, so standen diese Werte ein Vierteljahrhundert später jeweils bei 33 und 59 Prozent.⁷² 1992 waren die Demokraten durchaus noch die Partei der Arbeiterklasse: 55 Prozent ihrer Wähler konnten höchstens einen High School-Abschluss vorweisen, bei den Republikanern lag dieser Wert damals bei 45 Prozent. Im Jahre 2016 stellte hingegen diese „Arbeiterklasse“ einen höheren Anteil der Republikanischen (34 Prozent) als der Demokratischen (32 Prozent) Wählerschaft.⁷³

68 Vgl. CNN, 2016 Presidential Election Exit Polls, 23. November 2016, <http://edition.cnn.com/election/results/exit-polls> (Abruf am 30. November 2017).

69 Für eine detaillierte Aufarbeitung der Gründe hinter der Unterstützung evangelikaler Wähler für *Donald Trump* vgl. *Torben Lütjen*, a.a.O. (Fn. 3), S. 278.

70 Vgl. *Gregory A. Smith / Jessica Martínez*, How the Faithful Voted: A Preliminary 2016 Analysis, in: Pew Research Center vom 9. November 2016, <http://www.pewresearch.org/fact-tank/2016/11/09/how-the-faithful-voted-a-preliminary-2016-analysis/> (Abruf am 30. Juni 2017).

71 Vgl. *Alec Tyson / Shiva Maniam*, Behind Trump's Victory: Divisions by Race, Gender, Education, in: Pew Research Center vom 9. November 2016, <http://www.pewresearch.org/fact-tank/2016/11/09/behind-trumps-victory-divisions-by-race-gender-education/> (Abruf am 30. Juni 2017).

72 Vgl. Pew Research Center, The Parties on the Eve of the 2016 Election: Two Coalitions, Moving Further Apart, 13. September 2016, S. 21, <http://www.people-press.org/files/2016/09/09-13-2016-Party-ID-release-final.pdf> (Abruf am 23. März 2017).

73 Vgl. ebenda, S. 1.

Tabelle 2: Parteipolitische Präferenzen weißer Amerikaner mit und ohne Hochschulabschluss in den Präsidentschaftswahlen 2008 bis 2016 (in Prozent, Vorsprung und Unterschied in Prozentpunkten)

	Weiße Amerikaner mit Hochschulabschluss		Republi-kanischer Vorsprung	Weiße Amerikaner ohne Hochschulabschluss		Republi-kanischer Vorsprung	Unterschied Präferenzen*
	Republi-kaner	Demo-kraten		Republi-kaner	Demo-kraten		
2016	49	45	+4	67	28	+39	+35
2012	56	42	+14	61	36	+25	+11
2008	51	47	+4	58	40	+18	+14

* Abzug des Republikanischen Vorsprungs unter weißen Amerikanern mit Hochschulabschluss vom Republikanischen Vorsprung bei weißen Amerikanern ohne Hochschulabschluss.

Quelle: *Alec Tyson / Shiva Maniam*, a.a.O. (Fn. 71).

Insgesamt lässt sich konstatieren, dass *Trump* wie so viele andere Populisten gerade die Wähler mit Zukunftsängsten anzusprechen wusste.⁷⁴ Damit geht die bei *Trump*-Unterstützern weit verbreitete Sichtweise einher, weiße Amerikaner würden nun in gewisser Weise eine neue politische Minderheit darstellen und somit auch dementsprechend behandelt werden. 81 Prozent aller *Trump*-Wähler vertraten beispielsweise die Ansicht, Diskriminierung gegen Weiße sei heute ein genauso großes Problem in der amerikanischen Gesellschaft wie Diskriminierung gegen ethnische Minderheiten (vgl. auch Tabelle 1).⁷⁵ Gerade bei damit verwandten gesellschaftspolitischen Themen, die sich auf das Zusammenleben der verschiedenen Ethnien des Landes beziehen, gibt es auch innerhalb der Republikanischen Partei durchaus auffällige Differenzen zwischen Mitgliedern mit und ohne Hochschulabschluss. Nachdem im Juli 2015 ein weißer Nationalist in einer Kirche in Charleston (South Carolina) neun schwarze Amerikaner umgebracht hatte, entschied die Landesversammlung des Bundesstaates, die Fahne der Konföderierten (also der amerikanischen Südstaaten) vom Vorplatz des Parlaments zu entfernen. Diese Fahne war nicht nur das Symbol eines abtrünnigen Landes, das für die Fortführung der Sklaverei gekämpft hatte, sondern wurde ab den 1960er Jahren auch immer häufiger von politischen Aktivisten genutzt, die sich für den Erhalt der Rassentrennung einsetzten. 56 Prozent aller weißen Republikaner mit einem Hochschulabschluss unterstützten die Entfernung der Fahne; unter denen ohne einen Hochschulabschluss lehnten hingegen 57 Prozent dieses Vorgehen ab.⁷⁶ Zusammenfassend lässt sich somit feststellen, dass *Donald Trumps* Kampagne der Verteidigung traditioneller amerikanischer Werte und der gleichzeitigen Dämonisierung des Fremden gerade bei weißen Amerikanern ohne Hochschulabschluss auf besonders fruchtbaren Boden fiel. Ohne die Vorarbeit vorheriger Republikanischer Generationen hätte diese Gruppe jedoch nie das notwendige Gewicht innerhalb der Wählerschaft der Partei erlangt, um *Trump* zum Sieg zu katapultieren.

⁷⁴ Vgl. *Bernhard Kornelius*, a.a.O. (Fn. 3), S. 296.

⁷⁵ Vgl. *Robert P. Jones / Daniel Cox / E.J. Dionne Jr. / William A. Galston / Betsy Cooper / Rachel Lienesch*, How Immigration and Concerns About Cultural Changes are Shaping the 2016 Election: Findings from the 2016 PRRI/Brookings Immigration Survey, in: Public Religion Research Institute, Brookings Institution vom 23. Juni 2016, S. 16.

⁷⁶ Vgl. *Samantha Smith / Carroll Doherty*, A Divide Between College, Non-College Republicans, in: Pew Research Center Fact Tank vom 1. März, <http://www.pewresearch.org/fact-tank/2016/03/01/a-divide-between-college-non-college-republicans/> (Abruf am 1. Juli 2017).

3.5. *Trumps* Wahlerfolg – ein Sieg auf populistischer Basis amerikanischer und europäischer Natur

Obwohl *Trumps* Unterstützer durchaus der Kernwählerschaft rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa ähneln und sie zudem durch vergangene populistische Appelle in die Republikanische Partei gebracht wurden, vertraten während des Wahlkampfes für das Präsidentenamt wie bereits erwähnt nicht alle Wissenschaftler die Ansicht, *Trump* könne als Populist klassifiziert werden. Zu schwach erschien, zumindest anfänglich, der Bezug auf das Volk, zu stark die Fokussierung auf die eigene Erfolgsgeschichte als Unternehmer, anstatt sich als „einfachen“ Mann des Volkes zu präsentieren. *Cas Mudde* fasste beispielsweise zusammen, dass *Trump* „nicht im Namen des Volkes, sondern (nur) im Namen des Donalds“ spräche.⁷⁷ Eine Analyse des Wahlkampfes in beiden Parteien ließ die amerikanischen Politikwissenschaftler *J. Eric Oliver* und *Wendy Rahn* jedoch bilanzieren, *Trump* habe als „der Populist par excellence“⁷⁸ herausgestochen. Ihre Untersuchung der Reden *Trumps* offenbarte eine Wortwahl des Kandidaten, die durch „Einfachheit, anti-Elitismus und ein hohes Maß an kollektivistischer Sprache“⁷⁹ hervorstach. Der Nutzung der „gesamten Klaviatur des Populismus“⁸⁰ ist *Trump* auch als Präsident treu geblieben – beispielsweise, indem er in einem 140-Zeichen-Tweet eins mit dem Volk wird und die amerikanische Presse somit nicht mehr allein seinen Widersacher darstellt, sondern zum „Feind des Volkes“ mutiert.⁸¹ Letztendlich kann also durchaus resümiert werden, dass *Trump* trotz seiner unorthodoxen Herangehensweise auch als Populist die langfristige Republikanische Entwicklung fortgeführt hat. Er sprach mit seiner Rhetorik diejenigen Wähler an, auf die sich schon *Richard Nixon* und *Ronald Reagan* Jahrzehnte zuvor konzentriert hatten. War *Reagan* in der Lage, über gesellschaftspolitische Themen Mitglieder der weißen Arbeiterklasse zu „Reagan Democrats“ zu machen, so schaffte es *Trump* mit einer populistischen Fokussierung auf ökonomische Themen, Segmente der Wählerschaft für sich zu gewinnen, die eigentlich in diesem Politikbereich eher innerhalb der Demokratischen Partei beheimatet sein sollten beziehungsweise dies auch für lange Zeit waren.⁸²

An fünf Bundesstaaten im Norden und Herzen des Landes, die *Barack Obama* und *Bill Clinton* je zwei Mal gewannen⁸³, *Donald Trump* 2016 jedoch für sich entscheiden konnte,

77 Zitiert in: *Luca Manucci*, Interview #7 – A talk with *Cas Mudde* on American and European Populism, in: POP – Political Observer on Populism vom 30. Mai 2016, <https://populismobserver.com/2016/05/30/interview-7-a-talk-with-cas-mudde-on-american-populism/> (Abruf am 1. Juli 2017).

78 *J. Eric Oliver* / *Wendy M. Rahn*, Rise of the Trumpenvolk: Populism in the 2016 Election, in: *The ANNALS of the American Academy of Political and Social Science*, 667. Jg. (2016), H. 1, S. 189 – 206, S. 189.

79 Ebenda, S. 190.

80 *Torben Lütjen*, a.a.O. (Fn. 3), S. 286.

81 *Donald J. Trump*, Twitter Tweet vom 17. Februar 2017, <https://twitter.com/realDonaldTrump/status/832708293516632065> (Abruf am 15. Juli 2017).

82 Für eine ausführlichere Analyse des Wahlergebnisses vgl. *Bernhard Kornelius*, a.a.O. (Fn. 3), S. 300 – 307.

83 Die einzigen Male in den sechs Präsidentschaftswahlen zwischen 1992 und 2012, in denen diese Bundesstaaten sich auf Präsidentschaftsebene für einen Republikaner entschieden, waren 2000 und 2004 im Bundesstaat Ohio sowie 2004 in Iowa. Ansonsten konnten Demokraten jede einzelne Präsidentschaftswahl innerhalb dieser Staaten (27 von 30 Gelegenheiten) für sich entscheiden.

Tabelle 3: Vorsprung des Demokratischen Präsidentschaftskandidaten in Iowa, Michigan, Ohio, Pennsylvania und Wisconsin, 1992 bis 2016 (in Prozentpunkten)

	1992	1996	2000	2004	2008	2012	2016	Gesamt*
Iowa	6,01	10,34	0,31	-0,67	9,53	5,81	-9,41	2,91
Michigan	7,40	13,21	5,13	3,42	16,44	9,47	-0,22	7,77
Ohio	1,83	6,36	-3,51	-2,11	4,58	2,97	-8,07	0,21
Pennsylvania	9,02	9,20	4,17	2,50	10,31	5,38	-0,72	5,51
Wisconsin	4,35	10,33	0,22	0,38	13,9	6,94	-0,76	4,96

Anmerkung: Gesamter Vorsprung errechnet aus der Anzahl aller in den jeweiligen Bundesstaaten gezählten Stimmen in den sieben Präsidentschaftswahlen.

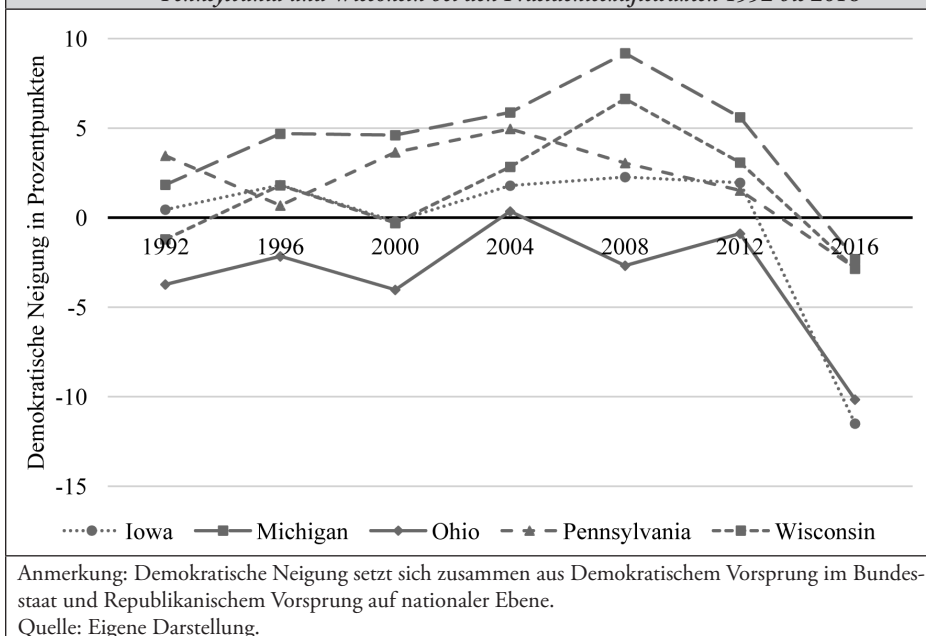
Quelle: Daten aus Dave Leip's US Election Atlas, <http://uselectionatlas.org/RESULTS/> (Abruf am 15. April 2017).

lässt sich diese Wählerwanderung sehr gut erkennen (vgl. Tabelle 3). 2012 siegte *Obama* in den Bundesstaaten Iowa, Michigan, Ohio, Pennsylvania sowie Wisconsin mit 52,26 Prozent der dort abgegebenen Stimmen und einem Vorsprung von 5,94 Prozentpunkten gegenüber *Mitt Romney* (46,32 Prozent). 2016 sahen die Mehrheitsverhältnisse jedoch deutlich anders aus. *Trump* war in der Lage diese Staaten mit einem Gesamtvorsprung von 3,21 Prozentpunkten für sich zu entscheiden (49,15 Prozent im Vergleich zu *Hillary Clintons* 45,94 Prozent) – innerhalb von vier Jahren eine Bewegung in Richtung Republikaner von immerhin über neun Prozentpunkten.⁸⁴ Die besondere Rolle der Staaten lässt sich auch am Vergleich mit dem Ergebnis außerhalb dieser Fünfergruppe erkennen. 2012 gewann *Obama* die verbleibenden 45 Bundesstaaten samt Washington, D.C. mit 3,41 Prozentpunkten Vorsprung; 2016 lag *Hillary Clinton* hier immer noch mit 3,02 Punkten vorn. Vor *Trumps* Erfolgen hatten zudem Pennsylvania und Michigan 1988 sowie Wisconsin 1984 das letzte Mal für einen Republikaner als Präsidenten gestimmt.

Wird die Neigung dieser Bundesstaaten zu den Demokraten näher betrachtet (also inwiefern diese „Demokratischer“ als die gesamten Vereinigten Staaten abstimmten), wird *Trumps* besonderer Reiz für die weißen Wähler dieser Region auch offensichtlich (vgl. Abbildung 1). Gerade Michigan und Pennsylvania waren bis einschließlich der Präsidentschaftswahl 2012 relativ sicheres Territorium für die Präsidentschaftskandidaten der Demokraten. In dieser Zeit waren diese beiden Staaten kein einziges Mal „Republikanischer“ als die USA als Ganzes betrachtet. Außer der äußerst knappen Wahl im Jahr 2000 war auch Iowa bis zum erdrutschartigen Sieg *Trumps* ein Bundesstaat, in dem Demokratische Anwärter auf das Präsidentschaftsamt besser abschnitten als auf der nationalen Ebene. Zwischen 1992 und 2000 deckten sich die Präferenzen der Wähler Wisconsins ungefähr mit denen aller Amerikaner, bevor der Staat dreimal eher deutlich in Richtung Demokraten tendierte. Einzig und allein Ohio war in diesem Zeitabschnitt eher Republikanisch, jedoch auch nicht mit einer sonderlich signifikanten Marge. *Donald Trump* war 2016 jedoch in der Lage, diese Trends zu durchbrechen. Michigan, Pennsylvania und Wisconsin neigten gleichermaßen in Richtung Republikaner (zwischen 2,3 bis 2,9 Prozentpunkten), während

⁸⁴ Eigene Berechnung auf der Basis von *Dave Wasserman*, 2012 National Popular Vote Tracker, https://docs.google.com/spreadsheets/d/1PV-jK0kov7-w-xuj6DhyL7gP9VGKIv0-c_hY0UN1Un0/edit#gid=19 (Abruf am 5. März 2017) und *ders.*, 2016 National Popular Vote Tracker, <https://docs.google.com/spreadsheets/d/133Eb4qQmOxNvtesw2hdVns073R68EZx4SfCnP4IGQf8/htmlview?usp=sharing&sle=true> (Abruf am 5. März 2017).

Abbildung 1: Demokratische Neigung der US-Bundesstaaten Iowa, Michigan, Ohio, Pennsylvania und Wisconsin bei den Präsidentschaftswahlen 1992 bis 2016



Trump in Iowa und Ohio eine „Republikanische Neigung“ erzielte, wie sie selbst *Ronald Reagan* nicht vorweisen konnte.

Dass die Migration dieses Wählersegments jedoch schon vor *Trump*s Kandidatur begann und somit Teil einer weiterreichenden Verschiebung der weißen Arbeiterklasse in Richtung Republikanischer Partei ist, lässt sich besonders gut am Beispiel West Virginias festmachen.⁸⁵ Weißer, schlechter gebildet und ärmer als der Rest des Landes⁸⁶, stimmte der Bundesstaat in den 17 Präsidentschaftswahlen zwischen 1932 und 1996 insgesamt 14 Mal für einen Kandidaten der Demokraten (vier Mal davon für einen Verlierer). Seit 2000 ist diese ehemals Demokratische Bastion jedoch auf Präsidentschaftsebene fest in Republikanischer Hand und bewegt sich mit jedem Mal weiter nach rechts. War West Virginia zum Beispiel in den Präsidentschaftswahljahren 1976 und 1980 noch ungefähr 14 Prozentpunkte „Demokratischer“, als das gesamte Land, wies der „Mountain State“ im Jahr 2000 bereits eine Republikanische „Neigung“ von sieben Prozentpunkten vor. *Donald Trump* konnte diesen Vorsprung in der letzten Wahl auf 42 Punkte ausbauen, was in Anbetracht des nationalen

85 Auch andere Datensätze spiegeln diese Entwicklung wider. Laut Ballotpedia stimmten 206 Landkreise in den Wahljahren 2008 und 2012 für *Barack Obama*, gaben 2016 jedoch *Donald Trump* ihre Stimme. Diese Landkreise sind deutlich weißer sowie ärmer als die gesamten Vereinigten Staaten, und ihre Einwohner schneiden auch beim Anteil der Hochschulabschlüsse schlechter ab. Vgl. Ballotpedia, Demographics of the 206 Pivot Counties that Voted Obama-Obama-Trump, https://ballotpedia.org/Demographics_of_the_206_Pivot_Counties_that_voted_Obama-Obama-Trump (Abruf am 1. Juli 2017).

86 Vgl. United States Census Bureau, QuickFacts (Vergleich West Virginia / USA), <https://www.census.gov/quickfacts/fact/table/WV,US/PST045216> (Abruf am 1. Juli 2017).

Vorsprungs *Hillary Clintons* bedeutete, dass der Bundesstaat über 44 Prozentpunkte „Republikanischer“ war als die gesamten Vereinigten Staaten.

4. Fazit: *Donald Trumps Wahlsieg – ein Erfolg mit tiefen politischen und gesellschaftlichen Wurzeln*

Seine Konzentration auf die weißen Abgehängten („left behinds“) im postindustriellen „Rust Belt“ sowie im eher landwirtschaftlich geprägten Mittleren Westen ermöglichte es *Donald Trump*, mit einer komfortablen Mehrheit der Wahlmänner zu siegen, obwohl *Hillary Clinton* am Ende fast drei Millionen mehr Wähler auf sich vereinen konnte. Es bleibt abzuwarten, ob sein Erfolg eine Blaupause für zukünftige Republikanische Siege auf Präsidentschaftsebene sein wird, oder ob die vielfältige *Obama*-Koalition bei der nächsten Wahl im Jahre 2020 wieder einem Demokraten den Einzug in das Weiße Haus erlaubt. *Trump*s Sieg auf dem Rücken der desillusionierten weißen Arbeiterklasse stellt jedoch auf jeden Fall einen vorläufigen Höhepunkt der Republikanischen Strategie des letzten halben Jahrhunderts dar. Trotz all seiner Defizite war der Immobilienmogul in der Lage, mit einer populistischen, xenophoben Vorgehensweise einen beträchtlichen Teil der Wählerschaft für sich zu gewinnen – Wähler, denen von Republikanischer Seite bereits seit nunmehr fünf Jahrzehnten suggeriert wird, die politische Elite in Washington kümmere sich nur noch um die Belange der Intellektuellen sowie der Bevölkerungsminderheiten im Land. „Echte“ Amerikaner kämen laut dieser Deutung jedoch zu kurz. Trotz der Ablehnung, die *Trump* durch die Republikanische Führung erfahren musste, kann somit nicht von einer „feindlichen Übernahme“ gesprochen werden. Die weißen „Wutbürger“ Amerikas spielen seit einem halben Jahrhundert eine immer gewichtigere Rolle in der Republikanischen Partei und sind inzwischen zu einem ihrer Eckpfeiler geworden; ihr Zorn wurde von *Nixon*, *Reagan* und nunmehr *Trump* genährt und angeheizt.

Grundlegende gesellschaftliche Veränderungen auf der Nachfrageseite haben ebenso ihren Teil zu seinem Sieg beigetragen. Sowohl die politische Elite als auch die Wählerschaft beider Parteien bestehen mittlerweile aus zwei Blöcken, die in Parallelwelten leben – ideologisch wie auch geographisch. Bestand das Land beispielsweise 1976 noch größtenteils aus Bundesstaaten, in denen der Vorsprung eines Präsidentschaftskandidaten unter zehn Prozentpunkten lag (31 Bundesstaaten), so lag diese Zahl vier Jahrzehnte später trotz derselben Marge in der „popular vote“ (2,1 Prozentpunkte) bei nur noch 17 – ein signifikanter Anstieg an extrem Demokratischen beziehungsweise Republikanischen Regionen. In einem politischen Umfeld der ideologisch deutlich unterscheidbaren Parteien sahen sich selbst moderate Republikanische Wähler gezwungen, letztlich für *Donald Trump* zu stimmen, da die Demokratische Alternative als schlechtere Option betrachtet wurde.

Die Transformation der Medienlandschaft trägt des Weiteren zu dieser Kluft bei. Über Twitter sah sich *Trump* befähigt, seine Ansichten ohne jegliche Aufarbeitung der „klassischen“ Medien zu verbreiten, während das Publikum sich in seinen Echokammern heutzutage nur noch mit ideologischen Standpunkten konfrontiert sieht, die bestehende Haltungen untermauern, anstatt sie zu hinterfragen.⁸⁷ Dass kein Skandal *Trump* zu Fall bringen

87 Zum Aufstieg der sozialen Medien und dem damit einhergehenden Einfluss auf die politischen Standpunkte der breiteren Bevölkerung vgl. *Cass R. Sunstein*, #Republic: Divided Democracy in the Age of Social Media, Princeton 2017.

konnte, mag nicht zuletzt auch daran gelegen haben, dass seine Stammwählerschaft in ihren abgeschotteten sozialen Netzwerken eine gänzlich andere Interpretation dieser Vorgehen registrierte.

Das Phänomen *Trump* ist natürlich auch Teil einer größeren populistischen Welle, die andere westliche Demokratien erfasst hat. Der „Backlash“ gegen eine politische Elite, die zunehmend als abgehoben betrachtet wird, die gerade innerhalb der Arbeiterklasse hauptsächlich negativ empfundenen Auswirkungen der Globalisierung sowie die Fragen und Herausforderungen, die durch einen steigenden Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund entstehen, beschäftigen Politiker, Journalisten sowie Wissenschaftler beiderseits des Atlantiks. Gerade die protektionistischen Vorstöße *Trumps* unterscheiden ihn von anderen Republikanern, die ihrerseits zumindest teilweise als populistisch klassifiziert werden können. Dennoch bleibt *Trump* aber auch eine spezifisch amerikanische Erscheinung. Misstrauen gegenüber der politischen Klasse, der oftmals feste Glaube an die überlegene Problemlösungskapazität des „einfachen Mannes“ gegenüber den Repräsentanten im Kongress sowie die darauf basierende und von Politikern jeder Couleur genutzte Dichotomie zwischen dem guten Volk und den korrupten, eigennützigen Politikern sind ein fester sowie dauerhafter Bestandteil des amerikanischen politischen Diskurses.

Dazu kommt die Einordnung des 45. Präsidenten innerhalb der Republikanischen Führungsriege der letzten fünf Jahrzehnte, die in diesem Zeitraum fast durchgehend eine „kleine intellektuelle Elite“ aus der Hauptstadt attackierte, während sie für sich in Anspruch nahm, die Standpunkte des „einfachen Mannes“ zu vertreten. Auch wenn es innerhalb der eigenen Partei eine Vielzahl von Kritikern am jetzigen Präsidenten gibt, müssen diese Personen die Schuld für den Aufstieg *Donald Trumps* letztendlich auch bei sich suchen. Das beste Beispiel bietet hier wohl *John McCain*. Trotz seiner nicht enden wollenden Kritik am Präsidenten darf nicht vergessen werden, dass er es war, der 2008 einer völlig unerfahrenen populistischen Politikerin auf die große Bühne der nationalen Politik verhalf: *Sarah Palin*. Die ehemalige Gouverneurin mag zwar heute in der politischen Bedeutungslosigkeit verschwunden sein, doch schlug auch sie als Figur der Tea Party in die populistische, anti-elitäre Kerbe und argumentierte außerdem schon 2010, dass die elitären Feinde des einfachen Volkes eben nicht nur in Washington, D.C., sondern auch an der Wall Street zu finden seien – ein Standpunkt, den auch *Trump* sich zu eigen machte. Er verband somit die „klassischen“ anti-elitären sowie xenophoben Republikanischen Appelle an die Arbeiterklasse mit einem eher europäischen Rechtspopulismus in Fragen der Wirtschaftspolitik. Dieser hat sich jedoch auch in einigen anderen Teilen der Republikanischen Partei seit geraumer Zeit ausgebreitet.

Abschließend sei gesagt, dass entgegen aller Hoffnungen unter Präsident *Obama* das Thema „identity politics“ einen neuen Schub erhielt. Anstatt eine „post-racial“-Ära einzuläuten, entwickelte sich das Zusammenleben der verschiedenen Ethnien und Rassen der USA vielmehr in Richtung „most racial“, wie der Titel eines kürzlich erschienenen Buches zusammenfasst.⁸⁸ Republikanische Politiker sprechen seit Jahrzehnten die Ängste und Sorgen der weißen Mehrheit an und verbinden eine große Palette verschiedener Politikbereiche mit dem problematischen Thema „Rasse“. Aber auch Demokraten versuchen immer häufiger, die ethnische Vielfalt ihrer Wählerschaft als eigenständiges Argument in Kampagnen

88 Vgl. *Michael Tesler*, *Post-Racial or Most-Racial? Race and Politics in the Obama Era*, Chicago 2016.

einzubauen.⁸⁹ Wahlkämpfe beziehungsweise bestimmte Appelle werden so auf die Hautfarbe, ethnische Zugehörigkeit oder, zusammengefasst, Identität der Wähler reduziert. Es überrascht nicht, dass gerade in Anbetracht der demographischen Veränderungen der USA, die in weniger als 30 Jahren die weiße Mehrheit zu einer Minderheit machen werden⁹⁰, ein bestimmter Teil der weißen Wählerschaft empfänglich für die Republikanische Botschaft ist, das echte, wahre Amerika ginge nun verloren. Der Präsident *Trump* ist auch eine Folge dieses Prozesses. Der Weg dahin wurde aber auch und gerade von anderen Republikanern gepflastert, die Ängste nährten und Ressentiments entfachten.

89 Dies wurde beispielsweise vom Geisteswissenschaftler und Publizisten *Mark Lilla* nach der Präsidentschaftswahl 2016 bemängelt. Sein Fazit lautete: „If you are going to mention groups in America, you had better mention all of them. If you don't, those left out will notice and feel excluded.“ *Ders.*, The End of Identity Liberalism, in: The New York Times online vom 18. November 2016, http://www.nytimes.com/2016/11/20/opinion/sunday/the-end-of-identity-liberalism.html?_r=2 (Abruf am 23. März 2017).

90 In den Vereinigten Staaten steht die Bezeichnung „weiß“ in den meisten Fällen für „non-Hispanic whites“, also Weiße, die nicht gleichzeitig zudem Latinos sind.

Die Tea Party: Wie die Republikanische Partei und der Konservatismus über eine strategische Protestbewegung verändert wurden*

Michael Oswald

1. Eine strategische Protestbewegung und ihr Erbe

Die Tea Party ist nicht nur als kompromisslose Opposition der Amtszeit *Barack Obamas* in die Geschichtsbücher eingegangen; sie hat auch das Klima geschaffen, das *Donald Trump* den Weg in die Präsidentschaft ebnete. Ihrer Klientel hat sie das Gefühl vermittelt, dass für jedwede Probleme in den USA die Regierung verantwortlich ist und diese so weit wie möglich abgewickelt werden müsse. Das Resultat der Tea Party-Kampagne war ein starker Anstieg der Ressentiments gegenüber den politischen Eliten und des Establishments. Nicht nur diese Anti-Establishment-Haltung, sondern auch beispielsweise der Glaube an Verschwörungstheorien wurde dabei mehrheitsfähig.¹

Der immense konservativ-libertäre Einfluss der Tea Party auf die Politik geht auf eine Gruppe zurück, die nach einer strategischen Blaupause konzipiert und aufgebaut ist. Hinter ihr stehen so genannte Action Groups, die von Geschäftsleuten wie *Charles* und *David Koch* finanziert werden. So wurden faktisch deren Vorstellungen in das politische System gespeist,

* Der vorliegende Aufsatz basiert auf einem Kapitel des Buches von *Michael Oswald*, Die Tea Party als Obamas Widersacher und Trumps Wegbereiter. Strategischer Wandel im Amerikanischen Konservatismus, Wiesbaden 2018.

1 Das Birther-Movement, das *Barack Obama* unterstellte, er sei in Kenia geboren worden, war stark mit der Tea Party verwoben. *Donald Trump* war von Beginn an ein Wortführer der Birther.